

VW 278 Großanleger reichen Milliardenklage ein

15. März 2016



Der Abgas-Skandal hat VW in eine schwere Krise gestürzt. Die größten Herausforderungen stehen indes noch bevor. Das Unternehmen dürfte in zahlreichen Gerichtsverfahren mit dem Thema „Dieselgate“ konfrontiert werden.

Profi-Investoren nehmen Volkswagen im Abgas-Skandal ins Visier. 278 institutionelle Großanleger - darunter der größte US-Pensionsfonds Calpers und die Sparkassen-Fondstochter Deka - haben den Wolfsburger Autobauer auf Schadensersatz in Höhe von 3,255 Milliarden Euro verklagt.

Einen entsprechenden Bericht von „Süddeutscher Zeitung“, NDR und WDR bestätigte der Tübinger Rechtsanwalt Andreas Tilp am Montag. Schon zuvor gab es allerdings dutzende vergleichbarer Klagen. Bei den Vorwürfen geht es darum, ob der Konzern seiner Auskunftspflicht gegenüber Anteilseignern nachgekommen ist. VW hatte erst Tage, nachdem die US-Umweltbehörde EPA ihre Betrugs-Vorwürfe am 18. September öffentlich machte, über drohende finanzielle Konsequenzen informiert. Volkswagen bekräftigte mehrfach seine Auffassung, alle Informationspflichten befolgt zu haben.

Tilp vertritt die Investoren vor dem Landgericht Braunschweig. Bei den Klägern handelt es sich um Anleger, die ab Mitte 2008 VW-Aktien gekauft haben. Sie fordern einen Ausgleich für die hohen Kursverluste, die sie im Zuge der Affäre um manipulierte Emissionswerte erlitten haben. Laut Tilp wollen sich noch diverse andere Investoren der Klage anschließen. „Das ist erst der Anfang“, sagte der Anwalt. Das Landgericht war am Abend nicht für eine Bestätigung des Klageeingangs erreichbar.

Über ein Konsortium mehrerer Gesellschaften, das die Prozesskosten finanziert, plane Tilp vor einer drohenden Verjährung im September 2016 noch weitere Klagen für mehr als 20 Großanlegern, heißt es in dem Bericht von „Süddeutscher Zeitung“, NDR und WDR. Diese Aktionäre dürften noch einmal deutlich mehr als eine Milliarde Euro an Schadensersatz fordern. Eine Allianz-Tochter sei bereits unter den Klägern.

Ein Sprecher der Vermögensverwaltung Allianz Global Investors (AGI) hatte vor einigen Tagen gesagt, man müsse prüfen, „ob unsere Anleger geschädigt worden sind und wir dann dementsprechend Schritte einleiten“. Die AGI hält 0,06 Prozent an dem Wolfsburger Autokonzern. Der kalifornische Lehrer-Pensionsfonds CalSTRS hatte bereits Anfang März angekündigt, vor deutschen Gerichten um Schadensersatz streiten zu wollen.